

**Beschlussentwurf**

Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt die Anfragen und Anträge zum Haushaltsplanentwurf 2017 / 2018 und die Antworten bzw. Stellungnahmen der Verwaltung hierzu zur Kenntnis.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung empfiehlt dem Haupt- und Finanzausschuss keine / folgende Änderungen:

**Sachverhalt**

Der Verwaltung liegen seitens der Fraktionen Anfragen und Anträge zum Haushaltsentwurf 2017 / 2018 vor. Die den Ausschuss für Stadtentwicklung betreffenden Anfragen und Anträge sowie die Antworten bzw. Stellungnahmen der Verwaltung hierzu sind nachstehend dargestellt:

Fraktion	Nr.	Art (Anfrage oder Antrag)	Produktgruppe	Seite im HPI	Inhalt (Anfrage, Antrag), Erläuterungen, Antworten und Stellungnahmen sowie Beschlussentwürfe der Verwaltung
CDU	1	Antrag	1.01.15 Gebäude- wirtschaft	82	<p><b>Antrag:</b> Überprüfung der Kennzahlen (Bruttogrundfläche)</p> <p><b><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u></b></p> <p>Die Bruttogrundfläche wird von der Verwaltung zurzeit überarbeitet und für die Beschreibung der Ziele und Kennzahlen angepasst.</p> <p><b><u>Beschlussentwurf Stadtentwicklungsausschuss:</u></b></p> <p>Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.</p>
CDU	2	Anfrage	1.01.15 Gebäude- wirtschaft	86	<p><b>Anfrage:</b> Welche "verschiedenste Maßnahmen" wurden zurückgestellt?</p> <p><b><u>Antwort der Verwaltung:</u></b></p> <p>Hierbei handelt es sich um Aufgaben der laufenden Gebäudeunterhaltung an verschiedenen städtischen Objekten.</p>

Fraktion	Nr.	Art (Anfrage oder Antrag)	Produktgruppe	Seite im HPI	Inhalt (Anfrage, Antrag), Erläuterungen, Antworten und Stellungnahmen sowie Beschlusssentwürfe der Verwaltung
CDU	3	Antrag	1.01.15 Gebäude- wirtschaft	88	<p><b>Antrag:</b> Die Verwaltung wird beauftragt, anhand der Feststellung der tatsächlichen Flüchtlingszahlen zu prüfen, inwieweit die geplanten Investitionen in neue Flüchtlingsunterkünfte verhältnismäßig und ggfls. anzupassen sind.</p> <p><b><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u></b> Die Planung von Flüchtlingsunterkünften erfolgt in Abstimmung innerhalb der Verwaltung in Anpassung auf die zu erwartenden Flüchtlingszahlen.</p> <p><b><u>Beschlussentwurf Ausschuss:</u></b> Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.</p>
CDU	4	Antrag	1.01.15 Gebäude- wirtschaft	99	<p><b>Antrag:</b> Die Verwaltung wird beauftragt, die eingesetzten Haushaltsmittel für den Ersatzbau der Unterkunft in der Brahmsstraße bereits im HH 2017/2018 einzuplanen.</p> <p><b><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u></b> Zur Errichtung von Übergangwohnheimen stehen im Haushaltsjahr 2017 insgesamt 5,65 Mio. € zur Verfügung, in den Jahren 2018 und 2019 weitere 1,7 bzw. 1,0 Mio. €. Diese Budgets dienen insgesamt zur Umsetzung des Investitionsbedarfs im Bereich der Flüchtlingsunterbringung. Es gibt keine haushaltsrechtliche Festlegung auf einzelne Objekte.</p> <p><b><u>Beschlussentwurf Ausschuss:</u></b> Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.</p>

Fraktion	Nr.	Art (Anfrage oder Antrag)	Produktgruppe	Seite im HPI	Inhalt (Anfrage, Antrag), Erläuterungen, Antworten und Stellungnahmen sowie Beschlusssentwürfe der Verwaltung
CDU	5	Antrag	1.01.15 Gebäude- wirtschaft	83	<p><b>Antrag:</b> Die Verwaltung wird beauftragt, die Beschlüsse bezüglich des U3-Ausbaus in Hemmerich und Dersdorf mit den entsprechenden Mitteln in den Haushaltsansätzen für die Jahre 2017 und 2018 zu berücksichtigen.</p> <p><b><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u></b> Die Verwaltung nimmt dazu wie folgt Stellung: Für den Ausbau der Kita Dersdorf wurden noch keine Mittel in den Haushalt eingestellt, da die Möglichkeit einer Realisierung noch nicht hinreichend geprüft ist. Die konsumtiven Mittel für den U3 Ausbau des Kita Hemmerich sind in Höhe von 60.000 € für den Kita Hemmerich, Maaßenstr. 4 eingeplant. Dies wurde nur nicht in der Aufstellung im Haushalt Seite 86 aufgeführt.</p> <p><b><u>Beschlussentwurf Ausschuss:</u></b> Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.</p>

Fraktion	Nr.	Art (Anfrage oder Antrag)	Produktgruppe	Seite im HPI	Inhalt (Anfrage, Antrag), Erläuterungen, Antworten und Stellungnahmen sowie Beschlusssentwürfe der Verwaltung
CDU	6	Antrag	1.01.15 Gebäude- wirtschaft	83	<p><b>Antrag:</b> Die Verwaltung wird beauftragt, die gewährten Mittel des Landes NRW im Rahmen des Programms "Gute Schule 2020" in den Haushalt einzuplanen.</p> <p><b><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u></b></p> <p>Die Verwaltung hat nach Vorliegen des Entwurfes des Erlasses des MIK NRW zum Gesetz über die Leistung von Schuldendiensthilfen für Kredite im Rahmen des Programms "Gute Schule 2020" einen jährlichen Ertrag aus Transferleistungen von rd. 785 T € für die Jahre 2017 bis 2020 in den Veränderungsnachweis bei der Produktgruppe 1.16.01 Allgemeine Finanzwirtschaft aufgenommen.</p> <p><b><u>Beschlussentwurf Stadtentwicklungsausschuss:</u></b></p> <p>Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt Kenntnis von den Ausführungen der Verwaltung und empfiehlt dem Haupt- und Finanzausschuss folgenden Beschlussentwurf:</p> <p><b><u>Beschlussentwurf Haupt- und Finanzausschuss:</u></b> Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt, die in der Veränderungsliste aufgeführten Transfererträge zum Haushalt 2017/2018 einzusetzen.</p>
CDU	7	Antrag	1.01.15 Gebäude- wirtschaft	83	<p><b>Antrag:</b> Die Verwaltung wird beauftragt, die umgehende Fertigstellung der Baumaßnahme an den Jugend- und Gemeinschaftsräumen in Dersdorf sicherzustellen.</p> <p><b><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u></b> Die Maßnahme wird derzeit umgesetzt.</p> <p><b><u>Beschlussentwurf Ausschuss:</u></b> Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.</p>

Fraktion	Nr.	Art (Anfrage oder Antrag)	Produktgruppe	Seite im HPI	Inhalt (Anfrage, Antrag), Erläuterungen, Antworten und Stellungnahmen sowie Beschlusssentwürfe der Verwaltung
CDU	8	Anfrage	1.01.15 Gebäude- wirtschaft	83	<p><b>Anfrage:</b> Unter welcher Haushaltsstelle ist der Neubau des Feuerwehrgerätehauses Bornheim geplant?</p> <p><b><u>Antwort der Verwaltung:</u></b> Für den Bau des Feuerwehrgerätehauses Bornheim wurden noch keine Mittel in den Haushalt eingestellt, da die Höhe der investiven Mittel noch nicht hinreichend bekannt ist und der Zeitpunkt der Umsetzung noch nicht feststeht.</p>
CDU	9	Anfrage	1.01.15 Gebäude- wirtschaft	83	<p><b>Anfrage:</b> Unter welcher Haushaltsstelle ist der Anbau des Rathauses geplant?</p> <p><b><u>Antwort der Verwaltung:</u></b> Für die Erweiterung wurde das Projekt "5.000441 Rathuserweiterung" gebildet. 2017: 200.000 € 2018: 1.800.000 € 2019: 5.000.000 € 2020: 1.000.000 €</p>

Fraktion	Nr.	Art (Anfrage oder Antrag)	Produktgruppe	Seite im HPI	Inhalt (Anfrage, Antrag), Erläuterungen, Antworten und Stellungnahmen sowie Beschlusssentwürfe der Verwaltung
CDU	10	Antrag	1.12.02 Straßenbau	283	<p><b>Antrag:</b> Die Verwaltung wird beauftragt, das jährliche Budget im Straßenausbau gemessen an der vorhandenen Personalkapazität auf 4.000.000 € jährlich festzusetzen. Die Verwaltung wird beauftragt, halbjährlich Bericht in Bezug auf den aktuellen Stand des Straßenausbaus vorzulegen, um eine Steuerung anstehender Maßnahmen seitens der Politik vorzunehmen.</p> <p><b><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u></b></p> <p>Die Verwaltung hat grundsätzlich keine Bedenken bezüglich der investiven Budgeterhöhung als Soll-Betrag, weist jedoch auf die Leistbarkeit investiver Projekte durch das vorhandene Personal, die Darstellung im Sachverhalt und die Kurzeinleitung der Vorlage 419/2016-9 Straßenbauprogramm hin.</p> <p><b><u>Beschlussentwurf Stadtentwicklungsausschuss:</u></b></p> <p>Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt von den Ausführungen der Verwaltung Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, halbjährlich einen Bericht zum Fortschritt des Straßenbauprogramms dem Stadtentwicklungsausschuss vorzulegen.</p>
CDU	11	Antrag	1.12.02 Straßenbau	284	<p><b>Antrag:</b> Die Verwaltung wird beauftragt, die Haushaltsansätze für den Bau von Straßenlaternen um zehn zusätzliche Straßenlaternen für die Jahre 2017 ff. zu erhöhen.</p> <p><b><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u></b></p> <p>Die Verwaltung hat grundsätzlich keine Bedenken bezüglich der Erhöhung des Ansatzes um rd. 25.000 Euro für weitere Straßenlaternen, weist jedoch auf die Ausführungen und Beschlusslage der Vorlage 159/2015-9 'Ergänzung der Straßenbeleuchtung in Bestandsgebieten der Stadt Bornheim' und die fehlende Refinanzierungsmöglichkeit hin.</p> <p><b><u>Beschlussentwurf Stadtentwicklungsausschuss:</u></b></p> <p>Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.</p>

Fraktion	Nr.	Art (Anfrage oder Antrag)	Produktgruppe	Seite im HPI	Inhalt (Anfrage, Antrag), Erläuterungen, Antworten und Stellungnahmen sowie Beschlusssentwürfe der Verwaltung
CDU	12	Antrag	1.12.02 Straßenbau	285, 289	<p><b>Antrag:</b> Die Verwaltung wird beauftragt, die Haushaltsansätze Parkraumbewirtschaftung ersatzlos zu streichen.</p> <p><b><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u></b></p> <p>Die Maßnahme wurde bereits unter Nr. 79 der Maßnahmenliste 2010 zur Haushaltskonsolidierung geführt. Gemäß der Maßnahmenbeschreibung sollte die Konzeption durch einen externen Verkehrsplaner erfolgen. Demzufolge ist die Auftragsvergabe 2013 an ein externes Ingenieurbüro erfolgt. Nachfolgend wurde ein Entwurfskonzept zur Parkraumbewirtschaftung erarbeitet, allerdings waren hierzu noch weitere Abstimmungen innerhalb der Verwaltung durchzuführen. Vom Ergebnis dieser Abstimmungen sind u.a. die Höhe der Investitionen, die Erträge, Folgekosten und der notwendige Ressourceneinsatz abhängig. Wegen größerer krankheitsbedingter Ausfälle der federführenden Abteilung sowie der Vielzahl der zu bearbeitenden Einzelmaßnahmen im Zusammenhang mit z. B. der Glasfaserkabelverlegung im Stadtgebiet und der vorrangigen Wahrnehmung verkehrssicherheitsrelevanter Aufgaben, konnte eine abschließende Bearbeitung bis zum geplanten Termin nicht verwirklicht werden.</p> <p>Dem Haupt- und Finanzausschuss wurde zuletzt mit Vorl. Nr. 61/2016-2 am 03.03.2016 über die Umsetzung der Konsolidierungsmaßnahmen berichtet.</p> <p><b><u>Beschlussentwurf Stadtentwicklungsausschuss:</u></b></p> <p>Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.</p>

Fraktion	Nr.	Art (Anfrage oder Antrag)	Produktgruppe	Seite im HPI	Inhalt (Anfrage, Antrag), Erläuterungen, Antworten und Stellungnahmen sowie Beschlusssentwürfe der Verwaltung
CDU	13	Antrag	1.12.02 Straßenbau	295	<p><b>Antrag:</b> Die Verwaltung wird beauftragt, die investiven Mittel für den Ausbau der Domhofstraße in das Jahr 2019 zu verschieben.</p> <p><b><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u></b></p> <p>Hier besteht aus Sicht der Verkehrssicherheit dringender Ausbaubedarf. Zur Sicherstellung der Flächenverfügbarkeit ist hier jedoch der Straßenbebauungsplan gemäß Beschlusslage zu Vorlage 284/2011-9 erforderlich, um die offenen Grundstücksgeschäfte rechtssicher abschließen zu können. Zur Finanzierung des Grunderwerbs und Fortführung der weiteren Planungsleistungen empfiehlt die Verwaltung, die Ansätze unverändert in den Haushaltsjahren 2018 (Planung, Grunderwerb) und 2019 (Ausbau) zu belassen.</p> <p><b><u>Beschlussentwurf Stadtentwicklungsausschuss:</u></b></p> <p>Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.</p>
CDU	14	Antrag	1.12.02 Straßenbau	299	<p><b>Antrag:</b> Die Verwaltung wird beauftragt, die investiven Mittel für den Ausbau des Feldchenwegs in die Jahre 2019 ff. zu verschieben.</p> <p><b><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u></b></p> <p>Eine Verschiebung der investiven Mittel in die Jahre 2019ff. wird seitens der Verwaltung ausdrücklich nicht befürwortet. Hier besteht dringender Handlungsbedarf hinsichtlich der Verkehrssicherheit, die nachhaltig nur durch einen Vollausbau mit Ordnung des Verkehrsraumes gewährleistet werden kann. Jegliche Unterhaltungsmaßnahmen werden als unwirtschaftlich erachtet und dienen allenfalls der Aufrechterhaltung der Mindestanforderungen an die Verkehrssicherungspflicht. Hier liegt seit 2003 ein Ausbaubeschluss (Vorl. 485/2003-7) vor, der der dringenden Umsetzung bedarf.</p> <p><b><u>Beschlussentwurf Stadtentwicklungsausschuss:</u></b></p> <p>Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.</p>

Fraktion	Nr.	Art (Anfrage oder Antrag)	Produktgruppe	Seite im HPI	Inhalt (Anfrage, Antrag), Erläuterungen, Antworten und Stellungnahmen sowie Beschlusssentwürfe der Verwaltung
CDU	15	Antrag	1.12.02 Straßenbau	302	<p><b>Antrag:</b> Die Verwaltung wird beauftragt, die investiven Mittel für das Projekt 'Grünes C' und 'Masterplan' in die Produktgruppe 1.13 Natur und Landschaftspflege zu übertragen und somit aus dem Straßenausbauprogramm zu streichen.</p> <p><b><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u></b></p> <p>Die Maßnahmen "Masterplan Rheinaue" und "Grünes C" sind keine Projekte des Straßenbauprogrammes.</p> <p>Ein Teil der Umsetzung zum Masterplan Rheinaue, Grünes C und Folgeplanungen (inkl. möglicher Förderung) betrifft die (interkommunalen) Planungsaufgaben. Hierzu sind im Haushaltsentwurf bei der Produktgruppe 1.12.02 für die Jahre 2017 bis 2021 entsprechende Haushaltsmittel eingestellt, die dort auch verbleiben sollten.</p> <p>Die übrigen Aufgaben der Umsetzung des Masterplans durch Bauprojekte können aus Sicht der Verwaltung in der Produktgruppe 1.13.02 Natur und Landschaft gebündelt werden. In dieser Produktgruppe sieht der Haushaltsentwurf 2017/2018 der verkehrssichere Rückbau des Sportplatzes und die Umsetzung der Kompensationsmaßnahme „Areecon“ sowie die Weiterentwicklung der Herseler Rheinaue als Kompensationsfläche vor. Weitere investive Maßnahmen sind bisher nicht eingeplant.</p> <p><b><u>Beschlussentwurf Stadtentwicklungsausschuss:</u></b></p> <p>Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.</p>

Fraktion	Nr.	Art (Anfrage oder Antrag)	Produktgruppe	Seite im HPI	Inhalt (Anfrage, Antrag), Erläuterungen, Antworten und Stellungnahmen sowie Beschlusssentwürfe der Verwaltung
CDU	16	Antrag	1.12.02 Straßenbau	306, 327	<p><b>Antrag:</b> Die Verwaltung wird beauftragt, den Ausbau des Heerwegs von Rankenberg bis Heiderbergstraße mit dem Ausbau von Brenig bis Waldorf als eine Maßnahme zusammenzufassen und abschnittsweise auszubauen. Hierfür soll jährlich von 2017 bis 2021 160.000 € zur Verfügung gestellt werden.</p> <p><b><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u></b></p> <p>Für den Heerweg ist im Straßenbauprogramm ein stufenweiser Ausbau vorgesehen. Die Gesamtstrecke Heerweg (Rankenberg bis Heiderbergstraße, Straßenbauprogramm 2015-2019) unterteilt sich in den Planungsbereich 'Heerweg (Brenig bis Waldorf)' Projekt 5.000396 auf Seite 327 sowie den abgekoppelten außerörtlichen Bereich, für den dringender Ausbaubedarf aus Sicht der Verkehrssicherheit besteht, 'Heerweg (Waldorf bis Hemmerich, außerorts) ist unter Projekt 5.000319 auf Seite 306 dargestellt.</p> <p>Bei einer Mittelbereitstellung in Höhe von 160.000 Euro jährlich kann kein Ausbau erfolgen, da die Gesamtkosten der Ausbaumaßnahme Heerweg auf ca. 5. Mio. Euro (siehe Straßenbauprogramm 2015 -2019) geschätzt werden.</p> <p>Die Verwaltung hat keine Bedenken, die beiden Projekte mit einem gemeinsamen Haushaltsansatz im Straßenbauprogramm unter einer Projektnummer mit neuer Bezeichnung 'Heerweg (Brenig bis Hemmerich) als Gesamtmaßnahme zusammenzuführen.</p> <p><b><u>Beschlussentwurf Stadtentwicklungsausschuss:</u></b></p> <p>Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und empfiehlt dem Haupt- und Finanzausschuss folgenden Beschlussentwurf:</p> <p><b><u>Beschlussentwurf Haupt- und Finanzausschuss:</u></b></p> <p>Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt, den Ausbau des Heerwegs von Rankenberg bis Heiderbergstraße mit dem Ausbau von Brenig bis Waldorf als eine Maßnahme zusammenzufassen und im Haushalt darzustellen.</p>

Fraktion	Nr.	Art (Anfrage oder Antrag)	Produktgruppe	Seite im HPI	Inhalt (Anfrage, Antrag), Erläuterungen, Antworten und Stellungnahmen sowie Beschlusssentwürfe der Verwaltung
CDU	17	Antrag	1.12.02 Straßenbau	307	<p><b>Antrag:</b> Die Verwaltung wird beauftragt, die Ausbaumaßnahme Donnerstein und Oberdorfer Weg voneinander getrennt zu behandeln und den Ausbau des Donnersteins zurückzustellen. Der Oberdorferweg soll hingegen ausgebaut werden und mit gleichmäßigen investiven Mitteln von 2017 bis 2021 versehen werden.</p> <p><b><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u></b></p> <p>Die Verwaltung erachtet eine Trennung der Maßnahme Donnerstein und Oberdorfer Weg für möglich, weist jedoch auf den damit einhergehenden Verlust der Synergieeffekte durch gemeinsamen Kanal- und Straßenbau hin.</p> <p>Die gleichmäßige Verteilung der investiven Mittel zur Projektfinanzierung ist aus haushaltstechnischen Gründen nicht möglich, da eine Kostendeckung der einzugehenden Verbindlichkeiten (z. B. Bauauftrag) in voller Höhe vorhanden sein muss.</p> <p><b><u>Beschlussentwurf Stadtentwicklungsausschuss:</u></b></p> <p>Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.</p>
CDU	18	Antrag	1.12.02 Straßenbau	309	<p><b>Antrag:</b> Die Verwaltung wird beauftragt, den Kreisverkehr Bonner Straße / Herseler Straße / Siegesstraße ersatzlos zu streichen.</p> <p><b><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u></b></p> <p>Eine Streichung soll zurückgestellt werden, da die weitere Verkehrsentwicklung beobachtet werden soll. (s. Beschluss Vorlage 185/2015-7,: "Verkehrsentwicklung weiterhin zu beobachten und später zu prüfen, wie die Kreuzung Bonner Straße/Herseler Straße/Siegesstraße ggf. auch ohne den Bau eines Kreisverkehrs ertüchtigt werden kann".</p> <p><b><u>Beschlussentwurf Stadtentwicklungsausschuss:</u></b></p> <p>Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.</p>

Fraktion	Nr.	Art (Anfrage oder Antrag)	Produktgruppe	Seite im HPI	Inhalt (Anfrage, Antrag), Erläuterungen, Antworten und Stellungnahmen sowie Beschlusssentwürfe der Verwaltung
CDU	19	Antrag	1.12.02 Straßenbau	321	<p><b>Antrag:</b> Die Verwaltung wird beauftragt, die investiven Mittel für den Ausbau der Burgstraße in die Jahre 2019 ff. zu verschieben.</p> <p><b><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u></b></p> <p>Die Verwaltung hat keine Bedenken, die Maßnahme in die Folgejahre 2019 ff. zu verschieben, weist jedoch auf den möglichen steigenden Unterhaltungsaufwand der Straßenunterhaltung hin.</p> <p><b><u>Beschlusssentwurf Stadtentwicklungsausschuss:</u></b></p> <p>Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, den Straßenausbau "Burgstraße" ab dem Jahr 2019 ff. vorzunehmen.</p>
CDU	20	Antrag	1.12.02 Straßenbau	325	<p><b>Antrag:</b> Die Verwaltung wird beauftragt, die investiven Mittel für den Bau des Parkplatzes Bonner Straße ersatzlos zu streichen.</p> <p><b><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u></b></p> <p>Die Verwaltung hat keine grundsätzlichen Bedenken, die Maßnahme aus dem Straßenbauprogramm zu streichen. Die Fläche wurde 1990 im Bebauungsplan für die Ortschaft Roisdorf als öffentliche Verkehrsfläche (besondere Zweckbestimmung = Parkfläche) festgesetzt und besitzt daher als bestehende Einrichtung bei Inkrafttreten der Wasserschutzgebietsverordnung Urfeld vom 24.05.1994 Bestandsschutz innerhalb der Wasserschutzzone III b. Die Fläche ist wassergebunden als Schotterfläche befestigt.</p> <p><b><u>Beschlusssentwurf Stadtentwicklungsausschuss:</u></b></p> <p>Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.</p>

Fraktion	Nr.	Art (Anfrage oder Antrag)	Produktgruppe	Seite im HPI	Inhalt (Anfrage, Antrag), Erläuterungen, Antworten und Stellungnahmen sowie Beschlusssentwürfe der Verwaltung
CDU	21	Antrag	1.12.02 Straßenbau	288	<p><b>Antrag:</b> Die Verwaltung wird beauftragt, die Ausbaumaßnahme Dorfplatz Hemmerich im Jahr 2018 wieder mit investiven Mitteln i.H. v. 110.000 € in das Straßenausbauprogramm aufzunehmen.</p> <p><b><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u></b></p> <p>Die Verwaltung stuft die Maßnahme aus Sicht der Verkehrssicherheit sachlich mit nachrangiger Ausbaupriorität ein und empfiehlt, diese in den Folgejahren 2019 ff. darzustellen und im Zusammenhang mit dem Ausbau der Kreuzbergstraße zu stellen.</p> <p><b><u>Beschlusssentwurf Stadtentwicklungsausschuss:</u></b></p> <p>Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und beschließt den Ausbau des Dorfplatzes Hemmerich im Zusammenhang mit dem Ausbau der Kreuzbergstraße ab dem Jahr 2019 ff.</p>

Fraktion	Nr.	Art (Anfrage oder Antrag)	Produktgruppe	Seite im HPI	Inhalt (Anfrage, Antrag), Erläuterungen, Antworten und Stellungnahmen sowie Beschlusssentwürfe der Verwaltung
CDU	22	Antrag	1.12.02 Straßenbau	288	<p><b>Antrag:</b> Die Verwaltung wird beauftragt, für den Bürgerradweg im Jahr 2017 Planungskosten einzuplanen und weitere Gespräche mit dem Landesbetrieb Straßen zu führen.</p> <p><b><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u></b></p> <p>Der Bürgermeister nimmt dazu wie folgt Stellung: Für die nächsten Haushaltsjahre sind bei Beschlussfassung entsprechend Beschlusssentwurf keine finanziellen Auswirkungen zu erwarten. Erst zum Zeitpunkt der Realisierung des Radweges durch den Landesbetrieb, müssen von der Stadt Bornheim für die 0,400 km Strecke innerorts die Hälfte der Kosten getragen werden. Nach den derzeitigen Kostenschätzungen beläuft sich dies auf einen Betrag von ca. 70.000,- €(s. Vorlage 660/2016-7).</p> <p>Die Verwaltung hat grundsätzlich keine Bedenken, die erforderlichen Planungsmittel (Vorentwurfsplanung) im Jahr 2017 einzuplanen.</p> <p><b><u>Beschlusssentwurf Stadtentwicklungsausschuss:</u></b></p> <p>Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und empfiehlt dem Haupt- und Finanzausschuss folgenden Beschlusssentwurf:</p> <p><b><u>Beschlusssentwurf Haupt- und Finanzausschuss:</u></b></p> <p>Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt, die erforderlichen Haushaltsmittel für den Bürgerradweg (Vorentwurfsplanung) im Jahr 2017 einzuplanen.</p>

Fraktion	Nr.	Art (Anfrage oder Antrag)	Produktgruppe	Seite im HPI	Inhalt (Anfrage, Antrag), Erläuterungen, Antworten und Stellungnahmen sowie Beschlusssentwürfe der Verwaltung
CDU	23	Antrag	1.12.02 Straßenbau	288	<p><b>Antrag:</b> Die Verwaltung wird beauftragt, ein Entwicklungskonzept für die Hauptstraße in Walberberg zu erstellen und entsprechende Mittel einzuplanen. Hierzu soll in 2017 eine Auftaktveranstaltung im Rahmen eines Workshops mit den Anliegern durchgeführt werden.</p> <p><b><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u></b></p> <p>Das Projekt könnte nur zulasten anderer Projekte ins Arbeitsprogramm der Verwaltung aufgenommen werden.</p> <p><b><u>Beschlusssentwurf Stadtentwicklungsausschuss:</u></b></p> <p>Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.</p>

Fraktion	Nr.	Art (Anfrage oder Antrag)	Produktgruppe	Seite im HPI	Inhalt (Anfrage, Antrag), Erläuterungen, Antworten und Stellungnahmen sowie Beschlusssentwürfe der Verwaltung
CDU	24	Antrag	1.12.02 Straßenbau	288	<p><b>Antrag:</b> Die Verwaltung wird beauftragt, für den Ausbau des Rüttersweges zwischen Friedenweg bis Ortseingang Rösberg investive Mittel für die Jahre 2018 ff. einzuplanen.</p> <p><b><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u></b></p> <p>Die Verwaltung weist auf die Projektplanung und die Ausführungen zum Straßenbauprogramms 2017-2021 (Vorlage 419/2016-9) hin, hat aber keine Bedenken, im Hinblick auf die Priorität der Maßnahme die erforderlichen investiven Mittel für die Folgejahre 2021 einzuplanen.</p> <p><b><u>Beschlussentwurf Stadtentwicklungsausschuss:</u></b></p> <p>Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und empfiehlt dem Haupt- und Finanzausschuss folgenden Beschlussentwurf:</p> <p><b><u>Beschlussentwurf Haupt- und Finanzausschuss:</u></b></p> <p>Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt, die erforderlichen Haushaltmittel für den Ausbau des Rüttersweges zwischen Friedenweg bis Ortseingang Rösberg ab dem Jahr 2018 ff. einzuplanen.</p>
CDU	25	Antrag	1.12.02 Straßenbau	288	<p><b>Antrag:</b> Die Verwaltung wird beauftragt, den Restausbau der Wikinger Straße zu prüfen.</p> <p><b><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u></b></p> <p>Die Verwaltung weist darauf hin, dass die Wikinger Straße keine Ausbaupriorität aus Sicht der Verkehrssicherheit, z. B. im Vergleich zur Gartenstraße oder Domhofstraße, aufweist.</p> <p><b><u>Beschlussentwurf Stadtentwicklungsausschuss:</u></b></p> <p>Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.</p>

Fraktion	Nr.	Art (Anfrage oder Antrag)	Produktgruppe	Seite im HPI	Inhalt (Anfrage, Antrag), Erläuterungen, Antworten und Stellungnahmen sowie Beschlusssentwürfe der Verwaltung
DIE LINKE	12	Antrag	1.12.02 Straßenbauunterhaltung,-bewirtschaftung	307	<p><b>Antrag:</b> Trennung der Ausbaumaßnahme Donnerstein/Oberdorfer Weg unter gleichzeitiger Zurückstellung des Ausbaus des Donnersteins.</p> <p><b>Stellungnahme der Verwaltung:</b> Die Verwaltung erachtet eine Trennung der Maßnahme Donnerstein und Oberdorfer Weg für möglich, weist jedoch auf den damit einhergehenden Verlust der Synergieeffekte durch gemeinsamen Kanal- und Straßenbau und den damit einhergehenden Fortbestand des Straßenzustandes ohne Ordnung des Verkehrsraumes (Oberflächenentwässerung, Beleuchtung, Trennung Fahrbahn, Gehweg usw.) sowie die nicht vorhandene Refinanzierungsmöglichkeit der bisher entstandenen Kosten für Vermessung, Planung und Gutachten hin.</p> <p><b>Beschlussentwurf Ausschuss für Stadtentwicklung:</b> Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt Kenntnis von den Ausführungen der Verwaltung.</p>
DIE LINKE	13	Antrag	1.12.02 Straßenbauunterhaltung,-bewirtschaftung	313	<p><b>Antrag:</b> Streichung der Mittel für Radweg Bornheim-Alfter-Bonn</p> <p><b>Stellungnahme der Verwaltung:</b> Die Umsetzung der Maßnahme erfolgt in Abhängigkeit von der Akquirierung von Fördermitteln.</p> <p><b>Beschlussentwurf Ausschuss:</b> Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt Kenntnis von den Ausführungen der Verwaltung.</p>

Fraktion	Nr.	Art (Anfrage oder Antrag)	Produktgruppe	Seite im HPI	Inhalt (Anfrage, Antrag), Erläuterungen, Antworten und Stellungnahmen sowie Beschlusssentwürfe der Verwaltung
DIE LINKE	14	Antrag	1.12.02 Straßenbauunterhaltung,- bewirtschaftung	325	<p><b>Antrag:</b> Streichung der Mittel Parkplatz Bonner Str.</p> <p><b><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u></b> Die Verwaltung hat keine grundsätzliche Bedenken die Haushaltsmittel und damit Maßnahme aus dem Straßenbauprogramm zu streichen. Die Fläche wurde 1990 im Bebauungsplan für die Ortschaft Roisdorf als öffentliche Verkehrsfläche (besondere Zweckbestimmung = Parkfläche) festgesetzt und besitzt daher als bestehende Einrichtung bei Inkrafttreten der Wasserschutzgebietsverordnung Urfeld vom 24.05.1994 Bestandschutz innerhalb der Wasserschutzzone IIIb. Die Fläche ist wassergebunden als Schotterfläche befestigt.</p> <p><b><u>Beschlussentwurf Ausschuss:</u></b> Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt Kenntnis von den Ausführungen der Verwaltung.</p>

Fraktion	Nr.	Art (Anfrage oder Antrag)	Produktgruppe	Seite im HPI	Inhalt (Anfrage, Antrag), Erläuterungen, Antworten und Stellungnahmen sowie Beschlusssentwürfe der Verwaltung
DIE LINKE	10	Antrag	1.12.02 Straßenbauunterhaltung,-bewirtschaftung	302	<p><b>Antrag:</b> Streichung der Mittel für 'Grünes C' und 'Masterplan' .</p> <p><b><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u></b> Die Maßnahmen "Masterplan Rheinaue" und "Grünes C" sind keine Projekte des Straßenbauprogrammes.</p> <p>Ein Teil der Umsetzung zum Masterplan Rheinaue, Grünes C und Folgeplanungen (inkl. möglicher Förderung) betrifft die (interkommunalen) Planungsaufgaben. Hierzu sind im Haushaltsentwurf bei der Produktgruppe 1.12.02 für die Jahre 2017 bis 2021 entsprechende Haushaltsmittel eingestellt, die dort auch verbleiben sollten.</p> <p>Die übrigen Aufgaben der Umsetzung des Masterplans durch Bauprojekte können aus Sicht der Verwaltung in der Produktgruppe 1.13.02 Natur und Landschaft gebündelt werden. In dieser Produktgruppe sieht der Haushaltsentwurf 2017/2018 der verkehrssichere Rückbau des Sportplatzes und die Umsetzung der Kompensationsmaßnahme „Areecon“ sowie die Weiterentwicklung der Herseler Rheinaue als Kompensationsfläche vor. Weitere investive Maßnahmen sind bisher nicht eingeplant.</p> <p>Die Mittel für die Maßnahme "Masterplan" sind Bestandteil der Mittel für die Maßnahme "(Nachfolgekonzeption) Grünes C ". Die Maßnahmen für die Nachfolgekonzeption können nur mit Hilfe von Fördermitteln umgesetzt werden. Das Akquirieren von Fördermitteln steht noch am Anfang. Sollte keine Förderzusage erfolgen, würden diese Projekte nicht umgesetzt werden können. Werden jedoch Fördermittel akquiriert, fallen faktisch geringere Kosten anfallen, als im Haushalt veranschlagt. Aus diesem Grund sollten keine Maßnahmen aus dem Grünen C gestrichen werden.</p> <p><b><u>Beschlussentwurf Ausschuss:</u></b> Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt Kenntnis von den Ausführungen der Verwaltung.</p>

Fraktion	Nr.	Art (Anfrage oder Antrag)	Produktgruppe	Seite im HPI	Inhalt (Anfrage, Antrag), Erläuterungen, Antworten und Stellungnahmen sowie Beschlusssentwürfe der Verwaltung
DIE LINKE	11	Antrag	1.12.02 Straßenbauunterhaltung,-bewirtschaftung	304	<p><b>Antrag:</b> Sperrvermerk für Maßnahmen aus dem Radverkehrskonzept.</p> <p><b><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u></b> Die Verwaltung hat zum Antrag keine Bedenken. Kurzfristige Maßnahmen wie Markierungsarbeiten (z.B. im Kreuzungsbereichen), Freigaben der Einbahnstraßen und Abbau von Umlaufsperrern können unabhängig von einer Prioritätenliste aus dem laufenden Haushalt realisiert werden.</p> <p><b><u>Beschlussentwurf Ausschuss:</u></b> Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt, die Haushaltsansätze für das Radverkehrskonzept mit einem Sperrvermerk zu versehen.</p>
DIE LINKE	4	Anfrage	1.01.15 Gebäudewirtschaft	94	<p><b>Anfrage:</b> Wie hoch sind die Kosten für Abriss und Neubau einer Mehrzweckhalle (auch unter Berücksichtigung des Zustandes der Rheinhalle in Hersel)?</p> <p><b><u>Antwort der Verwaltung:</u></b> Anhand erster Überlegungen muss für den Abriss mit einem niedrigen sechsstelligen Betrag gerechnet werden. Ohne nähere Informationen zu den Anforderungen an einen Neubau, sind die dafür aufzuwendenden Kosten nicht seriös darzustellen.</p>
DIE LINKE	9	Anfrage	1.09.01 Räumliche Planung und Entwicklung	246	<p>Z.16: Aufwandsentschädigung, für welche Personen wird gezahlt?</p> <p><b><u>Antwort der Verwaltung:</u></b> Die Aufwandsentschädigung ist für die Mitglieder des Umlegungsausschusses.</p>

Fraktion	Nr.	Art (Anfrage oder Antrag)	Produktgruppe	Seite im HPI	Inhalt (Anfrage, Antrag), Erläuterungen, Antworten und Stellungnahmen sowie Beschlusssentwürfe der Verwaltung
FDP	6	Anfrage	1.01.14 Liegenschaftsverwaltung	74	<p><b>Anfrage:</b></p> <p>1.) Wie ist das Verhältnis von Grundstückswert und Pachtertrag in vergleichbaren Kommunen, wie ist der Wert von 0,3 % in Vergleich zu anderen Städten zu werten?</p> <p>2.) Gibt es einen Benchmark?</p> <p>3.) Welche Bornheimer Liegenschaften weichen besonders positiv oder negativ von den vorgegebenen 0,3 % ab?</p> <p><b><u>Antwort der Verwaltung:</u></b></p> <p>zu 1: Es liegen keine Angaben zu vergleichbaren Kommunen wie z.B. Wesseling oder Alfter vor. Die benachbarten Kommunen stellen eine Auswertung des Verhältnisses von bilanzierten Grundstückswerten und Pachtertrag nicht dar.</p> <p>zu 2: Einen Benchmark zum Vergleich mit anderen Kommunen gibt es im Bereich Pachten nicht.</p> <p>zu 3: Liegenschaften, die der Kinder- und Jugendarbeit dienen, weichen - was die Höhe der Pachtzahlung angeht -, von den vorgegebenen 0,3 Prozent negativ ab. Hier liegt die Förderung der einzelnen Einrichtung im Vordergrund.</p>
FDP	7	Anfrage	1.01.15 Gebäudewirtschaft	79	<p><b>Anfrage:</b> Wo sind die beschlossenen bzw. geplanten U3-Ausbaumaßnahmen Hemmerich und Dersdorf zu finden? Wo sind die Planung und der Neu-/Umbau des FGH Bornheim zu finden? Wo sind die Planung und Errichtung der Erweiterung des Rathauses zu finden?</p> <p><b><u>Antwort der Verwaltung:</u></b></p> <p>Für den Ausbau des Kita Dersdorf wurden noch keine Mittel in den Haushalt eingestellt, da die Möglichkeit einer Realisierung noch nicht hinreichend geprüft ist. Die konsumtiven Mittel für den U3 Ausbau des Kita Hemmerich sind in Höhe von 60.000 € für den Kita Hemmerich, Maaßenstr. 4 eingeplant. Dies wurde nur nicht in der Aufstellung im Haushaltsentwurf Seite 86 aufgeführt.</p> <p>Für Planung und Bau eines FGH in Bornheim wurden keine Mittel eingeplant. Für die Planung und Erweiterung des Rathauses werden zusätzliche Mittel in Höhe von 8.000.000 € für den Zeitraum von 2017 - 2020 eingeplant.</p>

Fraktion	Nr.	Art (Anfrage oder Antrag)	Produktgruppe	Seite im HPI	Inhalt (Anfrage, Antrag), Erläuterungen, Antworten und Stellungnahmen sowie Beschlusssentwürfe der Verwaltung
FDP	8	Antrag	1.01.15 Gebäudewirtschaft	79	<p><b>Antrag:</b> Veräußerung des Gebäudes Rheinhalle.</p> <p><b><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u></b></p> <p>Die Verwaltung sieht keinen fachlichen Grund, das Gebäude nicht zu veräußern.</p> <p><b><u>Beschlussentwurf Ausschuss:</u></b></p> <p>Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.</p>
FDP	9	Antrag	1.01.15 Gebäudewirtschaft	81	<p><b>Antrag:</b> Erhöhung des Verhältnisses von Erhaltungsaufwand zu Gebäudeneuwert auf 1,2 Prozent und Darstellung der zur Erreichung dieses Ziels notwendigen Stellen im Stellenplan.</p> <p><b><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u></b></p> <p>Die Verwaltung teilt diese Auffassung. die Erhöhung auf 1,2 hat Auswirkungen auf den Stellenplan.</p> <p><b><u>Beschlussentwurf Ausschuss:</u></b></p> <p>Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.</p>
FDP	10a	Anfrage	1.01.15 Gebäudewirtschaft	82	<p><b>Anfrage:</b> Wie kommt im Jahr 2017 das deutlich erhöhte Ausgabevolumen pro Stelle zustande? Mit Blick auf ein durchschnittliches Ausgabevolumen von 1,25 Mio. Euro pro Stelle ist der Wert für 2017 nicht erklärbar.</p> <p><b><u>Antwort der Verwaltung:</u></b></p> <p>Große Projekte können, bezogen auf deren Projektsumme, mit einem geringeren Personalaufwand betreut werden, als eine Vielzahl von kleinen Einzelmaßnahmen mit der insgesamt gleichen Projektsumme. Da in 2017 einige Großprojekte angegangen werden, wird erwartet, dass das Ausgabevolumen pro Stelle höher ist als in den meisten Vorjahren.</p>

Fraktion	Nr.	Art (Anfrage oder Antrag)	Produktgruppe	Seite im HPI	Inhalt (Anfrage, Antrag), Erläuterungen, Antworten und Stellungnahmen sowie Beschlusssentwürfe der Verwaltung
FDP	10b	Anfrage	1.01.15 Gebäudewirtschaft	82	<p><b>Anfrage:</b> Wie kommt die Kostensteigerung der Bewirtschaftungskosten 2016 auf 2017 trotz gleichbleibender Bruttogrundfläche zustande?</p> <p><b>Antwort der Verwaltung:</b></p> <p>1. Gegenüber dem Haushalt 2016 berücksichtigt der Ansatz 2017 die weitere aktuelle Flüchtlingssituation in vollem Umfang (d. h. notwendige Kapazitäten zur Unterbringung von Flüchtlingen). Daher resultiert die Kostensteigerung gegenüber dem Vorjahr.</p> <p>2. Die Bruttogrundfläche wird von der Verwaltung zur Zeit nochmals überarbeitet und für die Ziele und Kennzahlen den aktuellen Gegebenheiten angepasst.</p>
FDP	11	Antrag	1.01.15 Gebäudewirtschaft	83	<p><b>Antrag:</b> Keine kostenfreie Vermietung städtischer Räumlichkeiten an Parteien.</p> <p><b>Stellungnahme der Verwaltung:</b></p> <p>Gemäß Ziffer 5.443 der vom Verwaltungsvorstand beschlossenen Mietpreistabelle für die Benutzung der Sitzungssäle wird den Parteien eine mietfreie Benutzung gewährt.</p> <p><b>Beschlusssentwurf Stadtentwicklungsausschuss:</b></p> <p>Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.</p>
FDP	12	Anfrage	1.01.15 Gebäudewirtschaft	86	<p><b>Anfrage:</b> GS Bornheim: Für die Sanierung der Fassade fehlen Zahlen</p> <p><b>Antwort der Verwaltung:</b></p> <p>Die Fassadensanierung des Hauptgebäudes der GS Bornheim ist keine Maßnahme der Priorität 1. Aus diesem Grund und wegen der begrenzten Personalkapazitäten wurde sie so weit zurückgestellt, dass kein Ansatz im Haushalt gebildet werden musste.</p>

Fraktion	Nr.	Art (Anfrage oder Antrag)	Produktgruppe	Seite im HPI	Inhalt (Anfrage, Antrag), Erläuterungen, Antworten und Stellungnahmen sowie Beschlusssentwürfe der Verwaltung
FDP	13	Antrag	1.01.15 Gebäude- wirtschaft	90	<p><b>Antrag:</b> FGH Roisdorf: Umbau Sanitäranlagen streichen</p> <p><b>Stellungnahme der Verwaltung:</b> Die Umsetzung befindet sich noch in der Abstimmung.</p> <p><b>Beschlusssentwurf Ausschuss:</b> Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.</p>
FDP	14	Antrag	1.01.15 Gebäude- wirtschaft	99	<p><b>Antrag:</b> Keine unkonkreten Platzhalter im Haushalt, komplette Position streichen</p> <p><b>Stellungnahme der Verwaltung:</b></p> <p>Die in den Jahren 2019 bis 2021 erforderlichen Investitionen werden pro Jahr als Sammelposition dargestellt, um zukünftige Finanzbedarfe, Abschreibungen und Zinsaufwendungen in der Fortschreibung der Ergebnis- und Finanzplanung bis 2021 abbilden zu können. Bei der Planbemessung wurden die Erfahrungswerte aus Vorjahren eingesetzt. Ein Verzicht auf diese Werte würde eine unvollständige Fortschreibung der Finanzplanung und des Haushaltssicherungskonzeptes zur Folge haben.</p> <p><b>Beschlusssentwurf Stadtentwicklungsausschuss:</b></p> <p>Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.</p>

Fraktion	Nr.	Art (Anfrage oder Antrag)	Produktgruppe	Seite im HPI	Inhalt (Anfrage, Antrag), Erläuterungen, Antworten und Stellungnahmen sowie Beschlusssentwürfe der Verwaltung
FDP	25	Anfrage	1.09.01 Räumliche Planung und Entwicklung	245	<p><b>Anfrage:</b> Welcher zusätzliche Aufwand entstünde, wenn pro Jahr eine Satzung (alternativ: 1ha) mehr rechtsgültig werden würde?</p> <p><b><u>Antwort der Verwaltung:</u></b></p> <p>Der zusätzliche Aufwand ist nicht zu kalkulieren, da jedes Bebauungsplanverfahren abhängig von verschiedenen Faktoren einen anderen Zeit-, Finanz- und Arbeitsaufwand erfordert. Darüber hinaus sind im Bereich der räumlichen Planung und Entwicklung parallel zu diesen Verfahren viele weitere Aufgaben zu bewältigen.</p> <p>Städtebauliches Ziel war es, in den Jahren 2015 u. 2016 jeweils 9 ha Fläche zu entwickeln. Tatsächlich entwickelt wurden 2015 ca. 4 ha und 2016 ca. 1 ha. Dagegen laufen derzeit mehrere sehr flächenintensive Verfahren zwischen jeweils 8 und 20 ha, die in den nächsten Jahren rechtskräftig werden.</p>
FDP	26	Antrag	1.12.02 Straßenbau	282	<p><b>Antrag:</b> Erhaltungsaufwand für die Verkehrsinfrastruktur auf 0,75 €/ m<sup>2</sup> erhöhen</p> <p><b><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u></b></p> <p>Die Verwaltung hat grundsätzlich keine Bedenken, zur nachhaltigen Straßenunterhaltung den jährlichen Unterhaltungsaufwand für bereits erstmalig hergestellte Straßen zu erhöhen, weist jedoch darauf hin, dass die Personalkapazitäten der Straßenbaubehörde mit den daraus resultierenden, zusätzlichen Maßnahmen nicht ausreichen, den o.a. jährlichen Kostenansatz i.H. v. rd. 1.600.000 Euro umzusetzen (siehe Kennzahlen Seite 282). Mit den im Haushaltsplanentwurf 2017-2018 aufgeführten investiven und konsumtiven Projekten/Maßnahmen im Tiefbaubereich sowie der Betreuung/ Projektsteuerung diverser Maßnahmen Dritter (siehe Ausführungen gem. Vorlage 419/2016-9 - Straßenbauprogramm 2017 -2021) ist eine Vollausslastung des Personals gegeben.</p> <p><b><u>Beschlusssentwurf Stadtentwicklungsausschuss:</u></b></p> <p>Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.</p>

Fraktion	Nr.	Art (Anfrage oder Antrag)	Produktgruppe	Seite im HPI	Inhalt (Anfrage, Antrag), Erläuterungen, Antworten und Stellungnahmen sowie Beschlusssentwürfe der Verwaltung
FDP	27	Antrag	1.12.02 Straßenbau	299	<p><b>Antrag:</b> Maßnahme Feldchenweg streichen</p> <p><b><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u></b></p> <p>Eine Streichung aus dem Straßenbauprogramm/ Haushaltsplanung wird seitens der Verwaltung kritisch gesehen. Hier besteht dringender Handlungsbedarf hinsichtlich der Verkehrssicherheit, die nachhaltig nur durch einen Vollausbau mit Ordnung des Verkehrsraumes gewährleistet werden kann. Jegliche Unterhaltungsmaßnahmen werden als unwirtschaftlich erachtet und dienen allenfalls der Aufrechterhaltung der Mindestanforderungen an die Verkehrssicherungspflicht. Hier liegt seit 2003 ein Ausbaubeschluss (Vorl. 485/2003-7) vor, der der dringenden Umsetzung bedarf.</p> <p><b><u>Beschlussentwurf Stadtentwicklungsausschuss:</u></b></p> <p>Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.</p>
FDP	28	Antrag	1.12.02 Straßenbau	302	<p><b>Antrag:</b> Maßnahmen aus Projekt Grünes C streichen</p> <p><b><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u></b></p> <p>Bei den Maßnahmen für ein Nachfolgeprojekt Grünes C handelt es sich lediglich um zwei Maßnahmen. Die Maßnahmen sind die Umsetzung des Masterplan Rheinaue und ein Konzept zu Urbaner Landwirtschaft. Die Maßnahmen können nur mit Hilfe von Fördermitteln umgesetzt werden. Die Akquirierung von Fördermitteln steht noch am Anfang. Sollte keine Förderzusage erfolgen, würden diese Projekte nicht umgesetzt werden können. Werden jedoch Fördermittel akquiriert, stehen diese Einzahlungen den veranschlagten Kosten gegenüber. Aus diesem Grund sollten keine Maßnahmen aus dem Grünen C gestrichen werden.</p> <p><b><u>Beschlussentwurf Stadtentwicklungsausschuss:</u></b></p> <p>Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.</p>

Fraktion	Nr.	Art (Anfrage oder Antrag)	Produktgruppe	Seite im HPI	Inhalt (Anfrage, Antrag), Erläuterungen, Antworten und Stellungnahmen sowie Beschlusssentwürfe der Verwaltung
FDP	29	Antrag	1.12.02 Straßenbau	304	<p><b>Antrag:</b> Sperrvermerk für die Maßnahmen aus dem Radverkehrskonzept bis eine konkrete Liste der umzusetzenden Einzelmaßnahmen aus dem zu bildenden Arbeitskreis vorliegt</p> <p><b><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u></b></p> <p>Kurzfristige Maßnahmen wie Markierungsarbeiten (z.B. im Kreuzungsbereichen), Freigeben der Einbahnstraßen und Abbau von Umlaufsperrungen können unabhängig von einer Prioritätenliste aus dem laufenden Haushalt realisiert werden. Daher hat die Verwaltung keine Bedenken, einen Sperrvermerk für Maßnahmen aus dem Radverkehrskonzept einzurichten.</p> <p><b><u>Beschlussentwurf Stadtentwicklungsausschuss:</u></b></p> <p>Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und empfiehlt dem Haupt- und Finanzausschuss folgenden Beschlussentwurf:</p> <p><b><u>Beschlussentwurf Haupt- und Finanzausschuss:</u></b> Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt, die Haushaltsansätze für das Radverkehrskonzept mit einem Sperrvermerk zu versehen.</p>
FDP	30	Anfrage	1.12.02 Straßenbau- unterhaltung,- bewirtschaftung	306	<p><b>Anfrage:</b> Ist der Titel Rankenberg bis Heiderbergstraße falsch? Die Maßnahme umfasst laut Beschreibung nur das Teilstück von Waldorf bis Hemmerich und nicht Brenig bis Hemmerich.</p> <p><b>Antwort der Verwaltung:</b> Die o.a. Bezeichnung ist nicht korrekt und bezieht sich auf den im Haushaltsplan 2015/2016 ursprünglich dargestellten Gesamtplanungsbereich. Die Planung des abgekoppelten Bereiches 'Heerweg (Brenig bis Waldorf)' ist unter Projekt 5.000396 auf Seite 327 dargestellt. Es erfolgt eine entsprechende Korrektur.</p>

Fraktion	Nr.	Art (Anfrage oder Antrag)	Produktgruppe	Seite im HPI	Inhalt (Anfrage, Antrag), Erläuterungen, Antworten und Stellungnahmen sowie Beschlusssentwürfe der Verwaltung
FDP	31	Antrag	1.12.02 Straßenbau	307	<p><b>Antrag:</b> Trennung der Maßnahme Donnerstein und Oberdorfer Weg.</p> <p><b><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u></b></p> <p>Die Verwaltung erachtet eine Trennung der Maßnahme Donnerstein und Oberdorfer Weg für möglich, weist jedoch auf den damit einhergehenden Verlust der Synergieeffekte durch gemeinsamen Kanal- und Straßenbau hin.</p> <p><b><u>Beschlusssentwurf Stadtentwicklungsausschuss:</u></b></p> <p>Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.</p>
FDP	32	Antrag	1.12.02 Straßenbau	309	<p><b>Antrag:</b> Maßnahme Kreisverkehr streichen</p> <p><b><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u></b></p> <p>Eine Streichung soll zurückgestellt werden, da die weitere Verkehrsentwicklung beobachtet werden soll. (s. Beschluss Vorlage 185/2015-7,: "Verkehrsentwicklung weiterhin zu beobachten und später zu prüfen, wie die Kreuzung Bonner Straße/Herseler Straße/Siegesstraße ggf. auch ohne den Bau eines Kreisverkehrs ertüchtigt werden kann".</p> <p><b><u>Beschlusssentwurf Stadtentwicklungsausschuss:</u></b></p> <p>Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und beauftragt den Bürgermeister, den Maßnahme Kreisverkehr Bonner Straße / Herseler Straße / Siegesstraße ersatzlos zu streichen.</p>

Fraktion	Nr.	Art (Anfrage oder Antrag)	Produktgruppe	Seite im HPI	Inhalt (Anfrage, Antrag), Erläuterungen, Antworten und Stellungnahmen sowie Beschlusssentwürfe der Verwaltung
FDP	33	Antrag	1.12.02 Straßenbau	312	<p><b>Antrag:</b> Maßnahme Uedorfer Weg streichen</p> <p><b><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u></b></p> <p>Die Verwaltung verweist in diesem Zusammenhang auf die zunehmende Bedeutung der im Flächennutzungsplan ausgewiesenen verkehrswichtigen Straße, die Verkehrssicherheitserfordernisse (nicht ausgebaute Nebenanlagen, kein Rad-/Gehweg, mangelhafte Entwässerung der Straße und BAB-Unterführung usw.) sowie auf die mögliche Förderung der Gesamtmaßnahme hin.</p> <p><b><u>Beschlusssentwurf Stadtentwicklungsausschuss:</u></b></p> <p>Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.</p>
FDP	34	Antrag	1.12.02 Straßenbau	313	<p><b>Antrag:</b> Maßnahme Radweg Bornheim- Alfter – Bonn streichen</p> <p><b><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u></b></p> <p>Die Umsetzung der Maßnahme erfolgt in Abhängigkeit von der Akquirierung von Fördermitteln.</p> <p><b><u>Beschlusssentwurf Stadtentwicklungsausschuss:</u></b></p> <p>Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.</p>

Fraktion	Nr.	Art (Anfrage oder Antrag)	Produktgruppe	Seite im HPI	Inhalt (Anfrage, Antrag), Erläuterungen, Antworten und Stellungnahmen sowie Beschlusssentwürfe der Verwaltung
FDP	35	Antrag	1.12.02 Straßenbau	325	<p><b>Antrag:</b> Maßnahme Parkplatz Bonner Straße streichen</p> <p><b><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u></b></p> <p>Die Verwaltung hat keine grundsätzlichen Bedenken, die Maßnahme aus dem Straßenbauprogramm zu streichen. Die Fläche wurde 1990 im Bebauungsplan für die Ortschaft Roisdorf als öffentliche Verkehrsfläche (besondere Zweckbestimmung = Parkfläche) festgesetzt und besitzt daher als bestehende Einrichtung bei Inkrafttreten der Wasserschutzgebietsverordnung Urfeld vom 24.05.1994 Bestandsschutz innerhalb der Wasserschutzzone III b. Die Fläche ist wassergebunden als Schotterfläche befestigt.</p> <p><b><u>Beschlussentwurf Stadtentwicklungsausschuss:</u></b></p> <p>Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.</p>
FDP	36	Antrag	1.12.02 Straßenbau	329	<p><b>Antrag:</b> Maßnahme Bayerstraße streichen</p> <p><b><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u></b></p> <p>Die Verwaltung erachtet einen Ausbaubedarf aufgrund der Verkehrssicherheit als erforderlich, da bei zunehmender Bebauung und hoher Fußgängerfrequenz zum Rheinufer kein durchgängiger sicherer Gehweg vorhanden ist. Mit den Planungen wurde bereits begonnen. Synergieeffekte durch eine gemeinsame Kanal- und Straßenbaumaßnahme können genutzt werden.</p> <p><b><u>Beschlussentwurf Stadtentwicklungsausschuss:</u></b></p> <p>Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.</p>

Fraktion	Nr.	Art (Anfrage oder Antrag)	Produktgruppe	Seite im HPI	Inhalt (Anfrage, Antrag), Erläuterungen, Antworten und Stellungnahmen sowie Beschlusssentwürfe der Verwaltung
Grüne	2	Anfrage	Vorbericht	27	<p><b>Anfrage:</b> Was verbirgt sich hinter den Aufwendungen, die nur 2017/2018 auftauchen (531800 /Transferaufgaben)</p> <p><b>Antwort der Verwaltung:</b> Es handelt es sich um die Kostenbeteiligungen Modernisierung der Bahnsteige an den Haltestellen der Linie 18. Auf die Vorlage 677/2016-9 im Stadtentwicklungsausschuss wird Bezug genommen. Gemäß Vereinbarung mit der HGK (Häfen und Güterverkehr Köln AG) beteiligt sich die Stadt anteilig an den hierfür entstandenen Kosten, die nicht durch eine Förderung durch Dritte gedeckt sind.</p>
Grüne	11	Antrag	1.09 Räumliche Planung, Entwicklung, GEO-Info	240	<p><b>Antrag:</b> Der Bürgermeister wird beauftragt, für alle ab 2017 wirksam werdenden Bebauungspläne die "Kriterien zur Baulandentwicklung" (205/2010) zur Generierung von Einnahmen anzuwenden. Dies gilt nicht nur für die Veräußerung von städtischen Grundstücken (Ziffer 1), sondern insbesondere für Ziffer 3 "ein partieller gemeindlicher Zwischenerwerb von einem Drittel der Flächen eine künftigen Baugebietes ist Zielsetzung". Zusätzlich soll eine Kosten-Nutzen Analyse erstellt werden.</p> <p><b>Stellungnahme der Verwaltung:</b> Die genannten Kriterien zur Baulandentwicklung sind bereits jetzt als auch zukünftig Zielsetzung. Der Erwerb von einem Drittel der Fläche ist abhängig von einer dementsprechenden Verfügbarkeit/Verkaufsbereitschaft. Ein Erreichen der Zielsetzung könnte zukünftig auch verstärkt mittels Zusammenarbeit mit einem treuhänderischen Entwicklungsträger (vergl. Vorlage Nr. 979/2016-7) verfolgt werden.</p> <p><b>Beschlusssentwurf Ausschuss:</b> Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt Kenntnis von den Ausführungen der Verwaltung.</p>

Fraktion	Nr.	Art (Anfrage oder Antrag)	Produktgruppe	Seite im HPI	Inhalt (Anfrage, Antrag), Erläuterungen, Antworten und Stellungnahmen sowie Beschlusssentwürfe der Verwaltung
Grüne	14	Antrag	1.12.02 Straßenbauunterhaltung,- bewirtschaftung	296	<p><b>Antrag:</b> Bahnhof Roisdorf-Park-and-ride-Anlage: Gemäß Beschlusslage soll nicht eine P&amp;R Anlage gebaut werden, sondern eine Mobilstation, die eine P&amp;R Anlage beinhalten kann. Der Bürgermeister wird beauftragt, die Position entsprechend umzubenennen und sicherzustellen, dass die Planung entsprechend der Beschlusslage und der Ergebnisse als umfassende Mobilstation umgesetzt wird.</p> <p><b>Stellungnahme der Verwaltung:</b> Das Projekt 5.000097 P&amp;R-Anlage kann in "Mobilstation" umbenannt werden. Ansonsten wird auf die Beschlüsse in der Sache verwiesen.</p> <p><b>Beschlussentwurf Ausschuss für Stadtentwicklung:</b> Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt Kenntnis von den Ausführungen der Verwaltung.</p>

Fraktion	Nr.	Art (Anfrage oder Antrag)	Produktgruppe	Seite im HPI	Inhalt (Anfrage, Antrag), Erläuterungen, Antworten und Stellungnahmen sowie Beschlusssentwürfe der Verwaltung
Grüne	15	Antrag	1.12.02 Straßenbauunterhaltung,- bewirtschaftung	307	<p><b>Antrag:</b> Donnerstein und Oberdorfer Weg Der BM wird beauftragt, diese Position zu streichen und die gestrichenen Kosten für die Gegenfinanzierung des Bürgerradwegs zu nutzen.</p> <p><b><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u></b> Die Verwaltung weist betreffend einer Streichung der Mittel für den Ausbau Donnerstein und Oberdorfer Weg auf den damit einhergehenden Verlust der Synergieeffekte bei gemeinsamem Kanal- und Straßenbau und den Fortbestand des unterhaltungsintensiven Straßenzustandes ohne Ordnung des Verkehrsraumes (Oberflächenentwässerung, Beleuchtung, Trennung Fahrbahn, Gehweg usw.) sowie die nicht vorhandene <b>Refinanzierungsmöglichkeit der bisher entstandenen Kosten für Vermessung, Planung und Gutachten hin.</b></p> <p><b>Für die nächsten Haushaltsjahre sind bei Beschlussfassung zum entsprechend Beschlusssentwurf zum Bürgerradweg keine finanziellen Auswirkungen zu erwarten. Erst zum Zeitpunkt der Realisierung des Radweges durch den Landesbetrieb, müssten von der Stadt Bornheim für die 0,400 km Strecke innerorts die Hälfte der Kosten getragen werden. Nach den derzeitigen Kostenschätzungen beläuft sich dies auf einen Betrag von ca. 70.000,- €(s. Vorlage 660/2016-7).</b></p> <p><b><u>Beschlusssentwurf Ausschuss:</u></b> Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt Kenntnis von den Ausführungen der Verwaltung.</p>

Fraktion	Nr.	Art (Anfrage oder Antrag)	Produktgruppe	Seite im HPI	Inhalt (Anfrage, Antrag), Erläuterungen, Antworten und Stellungnahmen sowie Beschlusssentwürfe der Verwaltung															
Grüne	19	Anfrage	1.09.01 Räumliche Planung und Entwicklung 1.14 Umweltschutz	246	<p><b>Anfrage:</b> Umgang mit Mitteln aus sonstigen Ausgleichszahlungen / welche Maßnahmen sollen konkret mit den Mitteln finanziert werden. Gibt es dafür ein Konzept und einen Kostenplan sowie eine transparente Darstellung der Mittelherkunft?</p> <p><b>Antwort der Verwaltung:</b> Es werden geschätzte Ausgleichszahlungen aus folgenden Umlegungen erwartet:</p> <table> <tr> <td>2017</td> <td>140.000 €</td> <td>(Bo 10)</td> </tr> <tr> <td>2018</td> <td>1.300.000 €</td> <td>(Me 16)</td> </tr> <tr> <td>2019</td> <td>2.300.000 €</td> <td>(Se 21)</td> </tr> <tr> <td>2020</td> <td>3.000.000 €</td> <td>(Se 21)</td> </tr> <tr> <td>2021</td> <td>400.000 €</td> <td>(Bo 24).</td> </tr> </table> <p>Die Erträge dienen gemäß § 20 Gemeindehaushaltsverordnung insgesamt zur Deckung von Aufwendungen.</p>	2017	140.000 €	(Bo 10)	2018	1.300.000 €	(Me 16)	2019	2.300.000 €	(Se 21)	2020	3.000.000 €	(Se 21)	2021	400.000 €	(Bo 24).
2017	140.000 €	(Bo 10)																		
2018	1.300.000 €	(Me 16)																		
2019	2.300.000 €	(Se 21)																		
2020	3.000.000 €	(Se 21)																		
2021	400.000 €	(Bo 24).																		
Grüne	20	Antrag	5.000393	326	<p><b>Antrag:</b> Händelstraße / Friedhof Merten (Me 10) streichen</p> <p><b>Stellungnahme der Verwaltung:</b> Aus Sicht der Verwaltung soll der Standort „Merten, hinter dem Friedhof“ für die dauerhafte Unterbringung von Flüchtlingen mit Folgenutzung im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus weiter verfolgt werden. Hier könnte mittelfristig ein Ersatz für die Nutzung der Unterkunft Brahmstraße geschaffen werden. Über den Standort berät der Ausschuss für Schule, Soziales und demographischen Wandel in seiner Sitzung am 22.11.2016 (Vorlage 910/2016-7). Die Bezirksregierung Köln hat der Flächennutzungsplan-Änderung gemäß der landesplanerischen Zielsetzung bereits zugestimmt.</p> <p><b>Beschlusssentwurf Ausschuss:</b> Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt Kenntnis von den Ausführungen der Verwaltung.</p>															

Fraktion	Nr.	Art (Anfrage oder Antrag)	Produktgruppe	Seite im HPI	Inhalt (Anfrage, Antrag), Erläuterungen, Antworten und Stellungnahmen sowie Beschlusssentwürfe der Verwaltung
Grüne	21	Anfrage	1.12.02 Straßenbau	325	<p><b>Anfrage:</b> Parkplatz Bonner Straße - welcher Parkplatz ist hier gemeint? Notwendigkeit belegen?</p> <p><b>Antwort der Verwaltung:</b> Die Verwaltung hat keine grundsätzlichen Bedenken, die Maßnahme aus dem Straßenbauprogramm zu streichen. Die Fläche wurde 1990 im Bebauungsplan für die Ortschaft Roisdorf als öffentliche Verkehrsfläche (besondere Zweckbestimmung = Parkfläche) festgesetzt und besitzt daher als bestehende Einrichtung bei Inkrafttreten der Wasserschutzgebietsverordnung Urfeld vom 24.05.1994 Bestandsschutz innerhalb der Wasserschutzzone III b. Die Fläche ist wassergebunden als Schotterfläche befestigt.</p>
Grüne	22	Anfrage	1.12.02 Straßenbau	329	<p><b>Anfrage:</b> Bayerstraße - Notwendigkeit und Priorität belegen</p> <p><b>Antwort der Verwaltung:</b> Die Verwaltung erachtet einen Ausbaubedarf aufgrund der Verkehrssicherheit als erforderlich, da bei zunehmender Bebauung und hoher Fußgängerfrequenz zum Rheinufer kein durchgängiger sicherer Gehweg vorhanden ist. Mit den Planungen wurde bereits begonnen. Synergieeffekte durch eine gemeinsame Kanal- und Straßenbaumaßnahme können genutzt werden.</p>

Fraktion	Nr.	Art (Anfrage oder Antrag)	Produktgruppe	Seite im HPI	Inhalt (Anfrage, Antrag), Erläuterungen, Antworten und Stellungnahmen sowie Beschlusssentwürfe der Verwaltung
Grüne	23	Antrag	1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV	279	<p><b>Antrag:</b> Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV: Für 2017 und 2018 werden jährlich 10 Mio. € im Haushaltsentwurf eingestellt. Erfahrungen zeigen, dass die eingestellten Mittel stets deutlich höher als die tatsächlich abgerufenen Mittel waren. Im Sinne einer transparenten und realistischen Haushaltsplanung wird der BM beauftragt, die im StEA erarbeitete Prioritätenliste verabschieden zu lassen und die benötigten Mittel anhand dieser Liste so aufzustellen, dass sie einer realistischen Machbarkeit entsprechen mit einem Kürzungsziel um ca. 0,5 Mio. €. Die Kriterien für Kürzungspotenziale dürfen dabei nicht zu Lasten von Barrierefreiheit (Bürgersteige) und Mobilität (Radwege) gehen und müssen die Erfordernisse eines ganzheitlichen Verkehrswegekonzeptes berücksichtigen.</p> <p><b>Stellungnahme der Verwaltung:</b> In diesem Zusammenhang wird auf die Machbarkeitsdarstellung (S. Vorlage Nr. 419/2016-9) hingewiesen. Darin wird u.a. dargelegt, dass in den vergangenen Jahren im investiven Bereich eigene Bauprojekte mit einem durchschnittlichen Investitionsvolumen von ca. 1,9 Mio € betreut und realisiert werden. Die Leistungsfähigkeit zur Realisierung investiver Projekte liegt bei der vorhandenen Personalkonstellation und unter optimalen Bedingungen bei ca. 3,0 Mio. € pro Jahr.</p> <p><b>Beschlussentwurf Ausschuss:</b> Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt Kenntnis von den Ausführungen der Verwaltung.</p>
SPD	7	Anfrage	1.12.02 Straßenbauunterhaltung,-bewirtschaftung	285	<p><b>Anfrage:</b> Wie hoch ist der finanzielle Anteil für die Riss-Sanierung in diesem Haushaltsplan?</p> <p><b>Antwort der Verwaltung:</b> Die Verwaltung gibt den Kalkulationswert der anteiligen Straßenunterhaltungsaufwendungen für die sogenannte "Rissesanierung" mit 200.00 € jährlich an.</p>

Fraktion	Nr.	Art (Anfrage oder Antrag)	Produktgruppe	Seite im HPI	Inhalt (Anfrage, Antrag), Erläuterungen, Antworten und Stellungnahmen sowie Beschlusssentwürfe der Verwaltung
SPD	8	Anfrage	1.12.04 ÖPNV	338	<p><b>Anfrage:</b> Wo sind die restlichen Aufwendungen für den AST-Verkehr veranschlagt?</p> <p><b>Antwort der Verwaltung:</b> Die Verwaltung verweist auf die Vorlage Nr. 528/2016-7, in welcher dargestellt wurde, dass zukünftig sämtliche Verluste des ÖPNV (also nicht nur Bahn und Bus, sondern auch AST) über die Kreisumlage auf alle Kommunen im Rhein-Sieg-Kreis verteilt werden.</p>
UWG	2	Antrag	1.12.02 Straßenbauunterhaltung, -bewirtschaftung	285	<p><b>Antrag:</b> Antrag auf Erstellung eines Konzeptes zur Parkraumbewirtschaftung</p> <p><b>Stellungnahme der Verwaltung:</b> Die Maßnahme wurde bereits unter Nr. 79 der Maßnahmenliste 2010 zur Haushaltskonsolidierung geführt. Gemäß der Maßnahmenbeschreibung sollte die Konzeption durch einen externen Verkehrsplaner erfolgen. Demzufolge ist die Auftragsvergabe 2013 an ein externes Ingenieurbüro erfolgt. Nachfolgend wurde ein Entwurfskonzept zur Parkraumbewirtschaftung erarbeitet, allerdings waren hierzu noch weitere Abstimmungen innerhalb der Verwaltung durchzuführen. Vom Ergebnis dieser Abstimmungen sind u.a. die Höhe der Investitionen, die Erträge, Folgekosten und der notwendige Ressourceneinsatz abhängig. Wegen größerer krankheitsbedingter Ausfälle der federführenden Abteilung sowie der Vielzahl der zu bearbeitenden Einzelmaßnahmen im Zusammenhang mit z. B. der Glasfaserkabelverlegung im Stadtgebiet und der vorrangigen Wahrnehmung verkehrssicherheitsrelevanter Aufgaben, konnte eine abschließende Bearbeitung bis zum geplanten Termin nicht verwirklicht werden. Dem Haupt- und Finanzausschuss wurde zuletzt mit Vorlage Nr. 61/2016-2 am 03.03.2016 über die Umsetzung der Konsolidierungsmaßnahmen berichtet.</p> <p><b>Beschlussentwurf Ausschuss:</b> Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.</p>

Fraktion	Nr.	Art (Anfrage oder Antrag)	Produktgruppe	Seite im HPI	Inhalt (Anfrage, Antrag), Erläuterungen, Antworten und Stellungnahmen sowie Beschlusssentwürfe der Verwaltung
UWG	13	Anfrage	1.12.02 Straßenbauunterhaltung,- bewirtschaftung	287	<p><b>Anfrage:</b> Laut Anlage D fallen hier jährlich 30.000 € für GWG an, die in der Summe der Sach- und Dienstleistungen nicht enthalten sind (vgl. Aufschlüsselung). Wurde der Ansatz vergessen?</p> <p><b>Antwort der Verwaltung:</b></p> <p>Der Ansatz wurde nicht vergessen; in der Anlage D ist eine fehlerhafte Erläuterung: es handelt sich nicht um GWGs, sondern Festwerte (Sachkonto 549300), welche in der Zeile 16 im Gesamtbetrag von 106.000 € (Seite 287) bereits enthalten ist. Der gesonderte Ausweis dieses Betrages ist erfolgt, da der Planansatz für den Festwert Straßenbeleuchtung allgemein vorgesehen und der Restbetrag von 76.000 € konkreten Straßenbaumaßnahmen zugeordnet ist.</p>
UWG	15	Anfrage	1.01.14 Liegenschaftsverwaltung	75	<p><b>Anfrage:</b> Erfreulicherweise sind in diesem Bereich die Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen von ca. 1,226 Mio. € in 2016 auf ca. 46.000 € in den Jahren 17/18 gesunken. Sind diese Aufwendungen jetzt an anderer Stelle berücksichtigt oder was ist der Grund für den wesentlich geringeren Ansatz?</p> <p><b>Antwort der Verwaltung:</b></p> <p>Durch die Neuorganisation und den Übergang von Aufgaben von Amt 6 (Liegenschaften) zu Amt 12 (Umweltamt) wurden die entsprechenden Haushaltsansätze entsprechend der Produktverantwortung in die Produktgruppe 1.13.01 Öffentliches Grün verschoben.</p>